

Auszug aus der Niederschrift über die 08. Sitzung der Bürgerschaft am 03.12.2020

Zu TOP: 9.2

Errichtung eines Brand-, Zivil- und Katastrophenschutzentrums in Stralsund

Einreicher: Michael Adomeit, Einzelbürgerschaftsmitglied

Vorlage: AN 0177/2020

Herr Adomeit begründet den Antrag ausführlich. Er wirbt dafür, dem Antrag zuzustimmen.

Frau von Allwörden entgegnet, dass bezweifelt wird, dass der Bund bereit wäre, ein Zivilschutzlager in Stralsund zu errichten. Hierzu müsste das Konzept des Bundes für das ganze Land betrachtet werden. Neben einer bestehenden guten Unterbringung des Katastrophenschutzes befindet sich in Bergen auf Rügen eine Katastrophenschutzhalle im Bau.

Der mit dem Antrag vorgeschlagene Standort ist auch für die Unterbringung der Feuerwehr nicht geeignet, da nicht alle Stadtgebiete in der vorgeschriebenen Zeit erreicht werden könnten und somit die bestehenden Auflagen nicht erfüllt werden könnten. Daher lehnt die CDU/FDP-Fraktion den Antrag ab.

Herr Suhr erfragt, ob es aus Sicht der Verwaltung sinnvoll ist, die von Herrn Adomeit vorgeschlagene Nutzung zu prüfen.

Herr Dr.-Ing. Alexander Badrow erklärt, dass der Katastrophenschutz nicht Aufgabe der Hansestadt Stralsund ist. Im Bereich Feuerwehr ist die Stadt gut aufgestellt und hat mit der Einheit des THW die größte in ganz MV. Das Gelände der Lokschuppen soll einer Nutzung zugeführt werden, wobei dies noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Für einen Katastrophenschutzstandort betrachtet die Verwaltung das Areal aber ebenfalls als ungeeignet.

Herr Adomeit weist darauf hin, dass bei einem Bahnunfall oder der Entgleisung eines Zuges, die betreffende Kommune verantwortlich ist.

Frau Bartel erklärt für ihre Fraktion, dem Antrag nicht zuzustimmen und bittet um Abstimmung des Antrages.

Aus Sicht von Herrn Würdich ist der Landkreis im Bereich Katastrophenschutz gut aufgestellt. Er schlägt vor, das Thema Lokschuppen gesondert zu diskutieren.

Der Präsident stellt den Antrag wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob auf dem Gelände der Lokschuppen ein gemeinsames Brand-, Zivil- und Katastrophenschutzzentrum für die Hansestadt Stralsund, den Kreis Vorpommern-Rügen, dem Land und dem Bund errichtet werden kann.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Gaby Ely

Stralsund, 18.12.2020